

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung

RUND BRIEF

Rundbrief Dezember 86

Bornheimerstr.20, 53 Bonn 1, Tel. 0228 / 69 29 04

Wahlkampf '87
Wir mischen uns ein!



Anzeige

Die Broschüre hat ca. 52 Seiten, ist zweifarbig mit Kartonumschlag und steht ab 2. Dezember zur Verfügung.
Kosten: Verkaufspreis 2,- DM, für Gruppen 1,50 (zuzüglich Versandkosten)

Bundestagswahl '87

Durchkreuzt die Aufrüstung

Inhalt: Beschlüsse des Bundestages von 1982 bis heute zur Außen-, Militär- und Sicherheitspolitik (Raketen, Rüstungshaushalt, SDI, KDV, ...)

Forderungen für ein Friedenspolitisches Minimalprogramm mit Begründungen

Aussagen in den Wahlprogrammen der Parteien zu den Forderungen (CDU/CSU, SPD, FDP, Friedensliste)

Aktionsbeispiele u.a. Besuch von Wahlkampfveranstaltungen, Hausbesuche, Wahlaktionen zur Kriegsdienstverweigerung
Literatur
Adressen

Herausgeber: Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), Arbeitskreis Friedenspolitik

Bestellungen an: DFG-VK, Schwanenstr. 16, 5620 Velbert 1, Tel.: 02051-4217



Ein Material der DFG-VK

Impressum

Herausgegeben vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung
Rundbrief 4. Quartal/86, Einzelpreis DM 0,80
Der "Rundbrief" kann abonniert werden (mind. DM 20,- pro Jahr)
Der Koordinierungsausschuß ist auf Unterstützungsbeträge für seine Arbeit angewiesen, z.B. in Form eines "Förderabo" (mind. DM 50,- pro Jahr)

Konto:
Gerd Greune, Sonderkto. Frieden (K.A.) Nr. 87783 bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

Redaktion dieser Ausgabe:
Alfons Glasmacher, Gerd Greune (v.i.S.d.P.), Achim Maske, Heinrich Niesporek, Werner Rätz, Klaus Scherenberg, Thomas Schmidt, Mari Stenner, Gregor Witt
(alle Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn Tel. 0228-692904)

Druck: Fa. Henke, Köln

Fotos: Fotoagentur Netzhaut, Bochum

Aktion Friedenskerze

Anzeige

Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß die finanziellen Mittel für Aktionen (Presseinfos, Flugblätter, Demos, Plakate, ...) trotz zahlreicher Spenden nicht ausreichen.

Mit dem Verkauf der Friedenskerze könnt Ihr einen Teil der Kosten finanzieren. Durch den Kauf der Kerze kann jeder Eure Aktion direkt unterstützen und erhält gleichzeitig einen realen Gegenwert.

Ihr bekommt die Kerze für DM 2,95 pro Stück und solltet sie für ca. DM 3,95 wieder verkaufen.

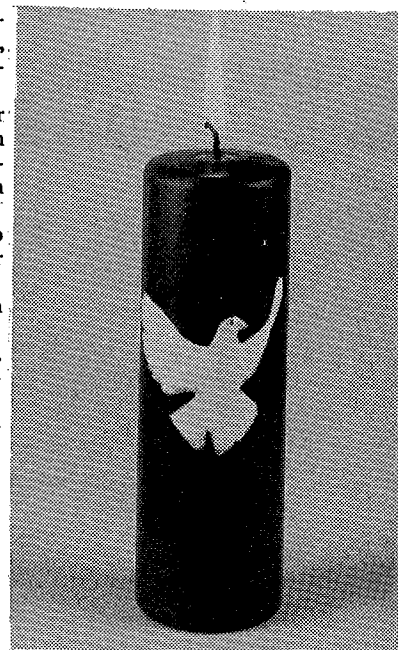
Da wir die Kerzen selbst anfertigen, können wir Euch diesen günstigen Preis weitergeben.

Die Mindestbestellmenge beträgt 50 Stück. Lieferung erfolgt grundsätzlich per Nachnahme.

Abnahmemenge: 50-149 Stück DM 2,95 zuzügl. Versandkosten
ab 150 Stück DM 2,95 frei Haus

Bestellungen bitte schriftlich an: Eduard Pawellek, Schwarzdornweg 23, 7110 Öhringen
Absender und evtl. Telefonnummer nicht vergessen!

Brenndauer ca. 20 Stunden
Farbe lila mit weißer Taube



Der atomare Schrecken im Detail: erstmalig umfassend dargestellt und global dokumentiert



William M. Arkin/Richard W. Fieldhouse
»Nuclear Battlefields«
Der Atomwaffen-Report
Aus dem Amerikanischen von Wolfgang Blermann, Annette Charpentier, Gerd Greune und Hans-Joachim Spanger
416 Seiten mit 22 Karten und 7 Fotos,
Format 17,5 x 24,5 cm, geb. DM 49,80

althaus

Nach zehn Jahren minutiöser Forschung legen die beiden Autoren ihre Ergebnisse vor.
»Nuclear Battlefields«

- zeigt erstmals in deutscher Sprache das ganze Ausmaß und Funktionieren der nuklearen Infrastruktur. Frühwarnsysteme gehören ebenso dazu wie das breite Arsenal der Waffen.
- erläutert erstmals detailliert und verständlich die militärische Technologie der Atomrüstung. Ein umfangreiches Glossar hilft, die technischen und strategischen Begriffe der US-Militärsprache zu erschließen.
- dokumentiert erstmals alle Standorte auf dem gesamten Erdball, an denen die fünf Atommächte Atomwaffen gelagert bzw. Systeme zur Unterstützung eines Atomkriegs eingerichtet haben.

»Nuclear Battlefields« ist Grundlagenbuch und Nachschlagewerk zugleich. Unentbehrlich für alle, die in der Friedensbewegung aktiv sind.

Die Springer-Zeitung "Die Welt" kommentiert:

"Große Fleißarbeit - neuer Gesamtkatalog atomarer Einrichtungen ... für jeden Interessenten muß aber klar sein: Dieser Text ist geschrieben, um destruktiv die Verteidigungsplanung der USA und ihrer Verbündeten zu unterminieren!"

Bestellungen bitte richten an IFIAS (z.Hdn. Gerd Greune) Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1
(bitte Verrechnungsscheck beifügen)

Liebe Freundinnen und Freunde!

180.000 Menschen haben am 11. Oktober in Hasselbach für den Frieden demonstriert. Daß es so viele werden würden, hatte kaum jemand erwartet. Hasselbach war ein großer Erfolg für die Friedensbewegung. In Hasselbach wurde für jede/n sichtbar: die Friedensbewegung greift nachhaltig in die politischen Auseinandersetzungen ein. Sie ist weiter eine ernstzunehmende politische Kraft.

Doch gibt es keinen Grund, sich auf dem Erfolg von Hasselbach auszuruhen. Am selben Wochenende wurde in Reykjavik unsere Voraussage bestätigt, daß die Chancen für einen Abbau aller Atomwaffen am starren Festhalten der US-Regierung an SDI zerschellen würden. Die Bundesregierung beeilte sich, Präsident Reagan zu beglückwünschen. Sie lehnt die "Null-Lösung" zwar noch nicht offiziell ab, baut aber immer mehr Hürden auf, um die Beseitigung von Pershing II und Cruise Missiles zu verhindern. **US- und Bundesregierung schlagen offensichtlich nur Abrüstungsmaßnahmen vor, solange sie sicher sind, daß sie nicht verwirklicht werden.** Hasselbach und Reykjavik waren deutlich Beweise dafür, daß wir auf unsere eigene Kraft setzen können und müssen um unserem Ziel -Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit - näherzukommen.

"Frieden braucht Bewegung" - dies gilt auch weiterhin und mit jedem Tag mehr, an dem Chancen für eine Umkehr vertan werden.

Viele Menschen aus dem Hunsrück haben sich am 11. Oktober beteiligt. Die Demonstration hat auch im Hunsrück die Bereitschaft zum eigenen Engagement gestärkt. Am 20./21. November wurde mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses eine erste Blockade des CM-Stationierungsgeländes im Hunsrück durchgeführt.

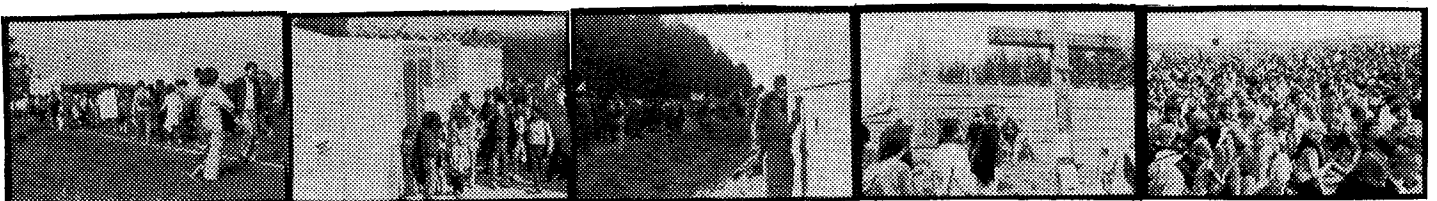
Das Bundesverfassungsgericht sah sich nach monatelanger Diskussion in seinem Urteil nicht in der Lage, mehrheitlich davon abzurücken, Blockaden als Nötigung zu qualifizieren. Damit sind wir nach solchen Aktionen weiterhin der Willkür einzelner Richter ausgesetzt. Für die Friedensbewegung werden solche Aktionen Zivilen Ungehorsams weiterhin -jetzt erst recht- Bestandteil des Widerstandes gegen den Rüstungswahnsinn sein.

"Frieden braucht Bewegung" - gerade jetzt im Wahlkampf, wenn die Parteien mit unverbindlichen Versprechungen um Wählerstimmen werben. Wir wissen aber aus Erfahrung, daß die Abgeordneten nach der Wahl auf den Willen der Bevölkerung pfeifen.

Die Friedensbewegung hat auf ihrer Aktionskonferenz im Februar beschlossen, dem Geschehen nicht tatenlos zuzusehen, sondern sich selber im Wahlkampf zu Wort zu melden, sich in den Wahlkampf einzumischen. Allen, die sich um unsere Stimmen bewerben, soll eine eindeutige Parteinahme für den Frieden, für eine wirkliche Friedenspolitik abverlangt werden. Gradmesser dafür sind die Forderungen unserer Friedenserklärung. Mit ihr sollen in den kommenden Wochen und noch am Wahltag die Kandidatinnen und Kandidaten der Parteien konfrontiert werden und die Bevölkerung über unsere Ziele aufgeklärt werden. Der Unverbindlichkeit der politischen Parteien wollen wir unsere verbindlichen Forderungen entgegensetzen.

Die Erfahrungen der letzten vier Jahre, aber auch mit früheren Bundesregierungen haben unter Beweis gestellt: **Keine Regierung wird Abrüstung von selbst verwirklichen.**

Unsere Aktionen im Wahlkampf sind zugleich eine wichtige Vorbereitung für die Aktionen der Friedensbewegung nach dem 25. Januar 87. Im Frühjahr werden bei den Ostermärschen wieder hundertausende für Frieden und Abrüstung demonstrieren, eine Konferenz der Friedensbewegung, auf der die Perspektiven für die weitere Arbeit beraten werden sollen, ist für den Mai geplant. Jede Regierung muß sich auch nach der Wahl einer Friedensbewegung gegenüber sehen, die kraftvoll, konsequent und unermüdlich Widerstand leistet, Abrüstung fordert und eine wirkliche Friedenspolitik der Bundesrepublik einklagt.



Hasselbach/Hunsrück am 11. Oktober

Nachlese I



Manchmal erfährt man die schönsten Dinge erst im Nachhinein. Laut der CDU-Zeitschrift "UiD" sind die Demonstranten in Hasselbach per Handgeld um 50,- DM reicher geworden. Das mußte den Koordinierungsausschuß dann 9 (in Worten: neun) Millionen Marker gekostet haben. Da wissen wir doch endlich, wo unser Defizit herkommt.

Um allen Gerüchten ein Ende zu bereiten, bitten wir Euch daher dringend, uns Euer Handgeld wieder zurückzuschicken:

Gerd Greune, Sonderkonto
Frieden (KA), Sparkasse
Bonn, BLZ 380 500 00,
Konto-Nr. 87 783



Nachlese II

Latrinenparolen

Tatsächlich hatte der sonst auf jedem einzelnen Pfennig sitzende Finanzverantwortliche einen Fehler gemacht. Statt der nötigen 300 wurden über tausend Klopapierrollen bestellt, was die Lokalpresse im Hunsrück gleich zu einem Dreispalter animierte. Die Restbestände waren längst abgegeben, als uns ein mitfühlender "Vorwärts"-Redakteur mit einer Anzeige aus dem Schlamassel helfen

wollte. Der Erfolg: Auch der "Spiegel" beschloß, sich dieses wichtigen Themas anzunehmen (siehe unten).

HOHLSPIEGEL

Hilferuf der Bonner Friedensbewegung: Im Büro des Koordinierungsausschusses stapeln sich Berge von Klo-Papier, das auf der Hasselbach-Demo keine Abnehmer gefunden hat. Interessenten können das Papier zum Einkaufspreis erstehen. Telefon: [REDACTED]

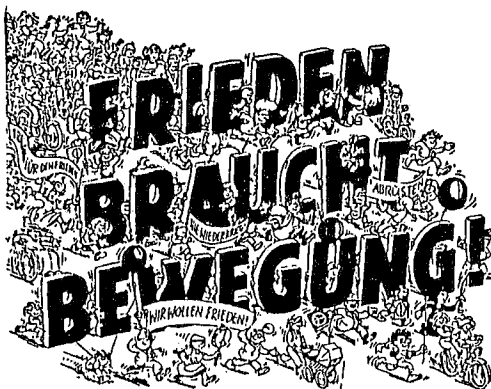
Aus dem „Vorwärts“.



Eine Region hat sich verändert

Die Demonstration rund um das Stationierungsgelände für Cruise Missiles war ein großer Erfolg für die Friedensbewegung. Im Hunsrück bewirkte sie eine ungeheure Sympathiewelle für die lokalen Friedensinitiativen, die für die weitere Aufklärungsarbeit und Aktionen nach dem "Betriebsbeginn" nötig ist.

Der Hunsrück-Demonstration waren die Auseinandersetzungen um Brokdorf und Wackersdorf und der "Hamburger Kessel" vorausgegangen. In den Medien wurde daher hauptsächlich auf den "Volksfestcharakter" und den friedlichen Ablauf, angeblich ein Verdienst der Polizeistrategie "Gewaltfrei im Hunsrück", eingegangen. Die politischen Inhalte gerieten dabei ins Hintertreffen. Wir dokumentieren nachstehend die "Hunsrücker Erklärung", die die wesentlichen Anliegen der Demonstration zusammenfaßt.



Frieden braucht Bewegung

Wir sind hier heute an der Raketenbasis Hasselbach, weil wir gelernt haben: Ohne Friedensbewegung, ohne das eigene politische Handeln der Bürgerinnen und Bürger gibt es keinen Ausweg aus dem Rüstungswahnsinn.

Hasselbach symbolisiert eine Politik der ungebrochenen Aufrüstung mit mörderischen Massenvernichtungswaffen, betrieben von Politikern, die Frieden mit immer weniger Waffen versprechen und in Wirklichkeit wachsende Kriegsgefahr mit immer mehr Waffen schaffen.

Die Betreiber der Aufrüstung und Verharmloser der tödlichen Gefahren für unser Volk und die Menschheit behaupten, daß unsere Demonstration angesichts des Treffens von Reykjavik unnötig ist.

Das ist falsch! Immer wieder sind Verhandlungen mißbraucht worden, um die Menschen durch Illusionen einzulullen und von ihrem eigenen Handeln abzubringen.

Für uns sind Verhandeln und Weiterrüsten unvereinbare Gegensätze:

Die US-Regierung steht unter großem internationalen und innenpolitischen Druck. Aber sie will keinen Stop der Atomwaffentests, sondern Zeit gewinnen bis zum Auslaufen des vielfach verlängerten einseitigen Atomwaffentest-Stops der Sowjetunion am 1. Januar 1987.

Die US-Regierung will ihre Sternenkriegswaffen weiter erproben, die frühestens im Jahr 1994 stationiert werden können. Das vermeintliche Zugeständnis, fünf bis sieben Jahre auf eine Stationierung zu verzichten, ist daher nicht mehr als ein Täuschungsmanöver.

Um den wachsenden Druck zu beschwichtigen, erklärte sich US-Präsident Reagan vor der UNO zu einem Zwischenabkommen über Mittelstreckenwaffen bereit. Aber auch darin ist keine Abrüstungsbereitschaft zu sehen, wo doch gerade hier im Hunsrück die Cruise Missiles-Stationierung von US- und Bundesregierung beschleunigt durchgeführt wird, um bis zur Bundestagswahl Fakten zu schaffen. Die vorgeschlagene Festschreibung von je 100 Sprengköpfen auf Mittelstreckenraketen beseitigt nicht die atomare Bedrohung für Europa.

Angesichts dieser Positionen, die von der Bundesregierung unterstützt werden, bietet das Treffen in Reykjavik keine begründete Hoffnung auf einen Durchbruch in Richtung Abrüstung.

Wir lassen uns nicht täuschen oder durch "Gipfelrhetorik" bruhigen. Wir wollen das sofortige Ende aller Atomwaffenversuche. Wir werden keine Ruhe geben, bis sämtliche Atomwaffen aus Europa verschwunden sind.

Es gibt keine Sicherheit mit immer mehr Waffen. Dies zu leugnen, ist ein tödlicher Irrtum. Atomraketen, modernste Kriegstechnik und die Anwendung des Faustrechts gegenüber den Völkern der "Dritten Welt" rücken die Menschheit näher an den Abgrund. "Weiter so, Deutschland", sagt Bundeskanzler Kohl.

Wir wollen eine andere Politik.

Unsere Friedenserklärung nennt erste, unverzichtbare Schritte:

- Unser Land darf sich nicht an der Erforschung und Entwicklung von Weltraumwaffen beteiligen
- hier und überall. Sie schützen niemanden und bringen die Atomwaffen nicht aus der Welt.
- Pershing II und Cruise Missiles müssen alle wieder weg! Der Bundestag muß den Stationierungsbeschluß aufheben!
- Die Bundeswehr darf nicht weiter mit offensiven Waffen ausgerüstet werden; der Rüstungshaushalt muß gesenkt werden.
- Der Einfluß des Militärs auf unser Leben muß zurückgedrängt, der Militärdienst gekürzt, die illusionäre Zivilschutzplanung zurückgenommen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung darf nicht länger eingeschränkt werden.
- Rüstungsexporte müssen eingestellt werden, und unser Land muß sich der Unterdrückung von Völkern der "Dritten Welt" entgegenstellen.

Alle chemischen Kampfstoffe sind zu vernichten. Alle Atomtests müssen sofort eingestellt werden. Alle Atomanlagen müssen sofort stillgelegt werden.



Wir wollen Gerechtigkeit für alle Menschen und Völker, Überwindung von Sexismus und Rassismus, Solidarität mit politisch Verfolgten, Flüchtlingen und Asylsuchenden und Erhaltung der natürlichen Umwelt. Wir wollen unseren Kindern eine friedliche und lebenswerte Welt übergeben. Alle Menschen und Völker sollen ihr Leben frei von Furcht gestalten können: friedlich und gerecht.

Durch Abrüstung und eine neue Friedenspolitik verschaffen wir uns Möglichkeiten, den sozialen und ökologischen Ruin abzuwenden. Wir brauchen Frieden für alle, Arbeit für alle und Brot für alle.

Es ist Zeit zur Umkehr!

Ohne die Verwirklichung unserer Forderungen gibt es keine Friedenspolitik, die diesen Namen verdient und keine Sicherheit vor der Gefahr des Krieges. Wir lassen uns nicht mit schönen Worten beschwichtigen. Regierung und Parteien werden in den kommenden drei Monaten mit wohlfeilen Versprechen um Wählerstimmen werben. Wir rufen die Friedensbewegung auf: Konfrontiert Kandidaten und Parteien in den Wahlkampfveranstaltungen mit unserer Friedenserklärung! Meßt jede Regierung, alle Parteien und Politiker an ihren Taten - vor und nach den Wahlen.

Wir wissen, daß es nicht unwichtig ist, wer in Bonn regiert. Aber wir setzen unsere Hoffnungen nicht in diese oder jene Regierung. Wir vertrauen auf unsere eigene Kraft, auf unser gemeinsames Handeln. Unsere Alternative ist klar, einleuchtend und realistisch: Frieden schaffen ohne Waffen!

Blockade in Hasselbach

"Heute zu!"

Die erste Blockade der Cruise-Missile-Bauarbeiten im Hunsrück konnte Zweifler überzeugen.

Nachdem in der Vorbereitung der Großdemonstration im Hunsrück bewußt auf eine Blockade verzichtet worden war, wurde dieser nächste logische Schritt zur Behinderung der Arbeiten an der "Todesbasis" am 20./21. November nachgeholt, drei Jahre nach dem Stationierungsbeschluß des Bundestages.

Die Blockade stieß auf ein ähnliches öffentliches Interesse wie sechs Wochen zuvor die Demonstration. CDU, FDP und SPD verurteilten die "geltendes Recht brechende" Aktion im Vorfeld unisono und auch ein Großteil der Hunsrücker Bevölkerung sah dem Ereignis ähnlich skeptisch entgegen wie zuvor der Demo.

Trotzdem hatten sich viele aus den Hunsrücker Friedensinitiativen entschlossen, diesen für sie neuen Schritt zu gehen. An "ihrem" Tor 2, wo sie sich schon seit Jahren am großen Holzkreuz zum Friedensgebet treffen, ließen sie sich -teils erschüttert- wegtragen und "wegen des Verdachts der Nötigung" anzeigen, andere Hunsrücker versorgten die frierenden Blockadegruppen mit heißer Suppe, Kaffee und Kuchen.

Trotz der kurzfristigen Mobilisierung nahmen an beiden Tagen jeweils ca. 150 Menschen aus allen politischen Lagern der Friedensbewegung aktiv an der Blockade teil, neben den Hunsrückern v.a. katholische und evangelische Christen, Grüne, Unabhängige, Gewaltfreie Aktionsgruppen aus verschiedenen Orten, Ärzte der IPPNW und Frauengruppen an einem "eigenen" Tor. Das Frauentor erwischte es am ersten Tag gleich mehrfach, fünf der Frauen erhielten denn nach ihrer zweiten Festnahme auch die Sonderbehandlung, die den meisten anderen erspart blieb: "In Gewahrsam-Nahme" bis zum Abend, zwangsweises z.T. schmerzhaftes Anlegen einer "Hundemarke" am Handgelenk, Amtsrichter, stundenlange Vernehmung.

Das Verhalten der Polizei war Anlaß für viele Diskussionen zwischen Blockierern und Polizisten und im "Sprecher/innen-Rat" der Gruppen.

Kurz nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, bei Sitzblockaden nicht automatisch eine strafbare Handlung zu unterstellen, sondern den Einzelfall zu prüfen, war die Polizeiführung reichlich bemüht, bei den 12 offiziellen Räumungen sehr "korrekt" vorzugehen und Beweise zu sichern. Sehr zeitaufwendig wurde jeweils ein umfangreicher Polizeiapparat aufgefahren, dreimal oder gar häufiger aufgefordert, alle Vorgän-

ge und das Wegtragen gefilmt und mitgeschnitten und bei der Personalienfeststellung Fotos angefertigt, der "Platzverweis" ausgesprochen etc., bevor der "genötigte" Konvoi mit Baufahrzeugen, deutschen Zivilbediensteten oder amerikanischen Bussen passieren konnte. So fühlte sich die Polizei gemäß ihres Demo-Mottos "Gewaltfrei im Hunsrück".

Die Blockiererinnen und Blockierer sahen das anders. Für sie konnte es kein akzeptables Polizeiverhalten in dieser Situation geben. Durch den Schutz der Bauarbeiten macht sich die Polizei und jeder einzelne Polizist mitschuldig an dem Verbrechen der Vorbereitung der massenhaften Vernichtung von Leben. In vielen erregten Diskussionen wurde den Polizisten diese Rolle vorgehalten und zur Verweigerung aufgefordert. Einer der Erfolge der Hunsrück-Blockade war sicherlich, daß viele der Polizisten immerhin sehr nachdenklich wurden, z.B. auch über ihre Aufgabe im "Ernstfall", wenn sie dafür sorgen müssen, daß bei der Evakuierung der amerikanischen Zivilisten die Hunsrücker Bevölkerung in Schach gehalten wird (wovon sie natürlich bisher nichts wußten). "Wenn alle unsere Einsätze so wären wie hier", so einer der Polizeioffiziere bei der letzten Räumaktion, "würden viele von uns die Uniform wegschmeißen".

Die Aktion war für die Beteiligten ein Erfolg. Schon durch die Ankündigung waren die Arbeiten für zwei Tage auf Sparflamme geschaltet worden. Kurz entschlossen wurde der Aktionsbeginn auf 4.30 Uhr vorverlegt, so daß die früher als gewöhnlich anrückenden Konvois samt der spärlich vertretenen Polizei überrascht wurden. Die erste "ungeplante" Räumung war dann auch unsanft mit Rempelen verbunden und konnte nur durch eine bedauerliche Panne eines Bonner Mercedes unterbrochen werden. Auch später reagierten die Blockierer/innen recht selbstbewußt, forderten z.B. die Polizei ihrerseits auf, "gemäß § 08/15 der Blockadeordnung die besetzte Toreinfahrt wieder freizugeben" und blockierten wegen Nichtbefolgung den nächsten Konvoi auf der Straße.

Kurz vor Abschluß der Bauarbeiten war die auch in den Medien stark beachtete Blockade noch ein (kleines) Sandkorn im Getriebe der Aufrüstung, ein Signal für den Mut zum Zivilen Ungehorsam und ein Anstoß für die Diskussion weiterer Aktionen. Die Hunsrücker Friedensinitiativen diskutieren z.Zt. ihr Vorgehen nach der Verlegung der Cruise-Transporter in die Basis und den folgenden Übungen. Wenn sie uns rufen, werden wir kommen!

Rechtshilfekonto:

Ähnlich wie in Mutlangen ist für den Hunsrück wegen dieser (159 Personalienfeststellungen) und und evtl. folgender Aktionen mit einer Prozeßwelle zu rechnen. Spenden sollten geleistet werden auf das Konto: Bildungswerk der Initiative Kirche von unten (IKvu), Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) Kto.-Nr. 8193-509, Stichwort "Frieden - Rechtshilfe"

Mani Stenner (Initiativgruppe)

Einmischung in den Wahlkampf

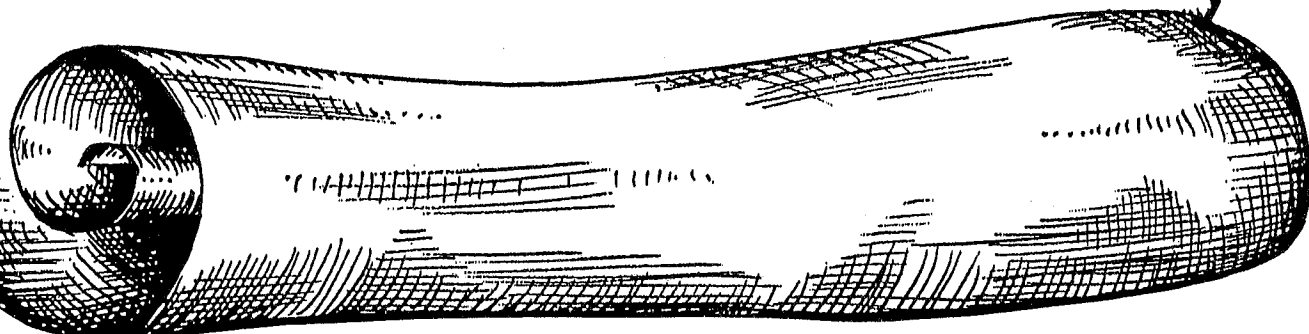
Die Friedensbewegung hat auf ihrer Aktionskonferenz beschlossen, sich in den Bundestagswahlkampf einzumischen. Mit diesem Beschluß geht die Friedensbewegung nicht ihrer parteipolitischen Unabhängigkeit verlustig - sie bleibt parteipolitisch unabhängig, sie ist aber parteiisch, wenn es um den Frieden geht. Einmischung in den Wahlkampf - das kann für die Friedensbewegung nicht bedeuten, daß sie ihren Traditionen der außerparlamentarischen Aktionen und Aktivitäten untreu wird und sich von Wahlkämpfen bzw. deren Ausgang die Verwirklichung ihrer Forderungen verspricht. Es besteht kein Zweifel daran, daß das Engagement der Friedensbewegung über den 25. Januar 87 hinausreichen und intensiviert werden muß. Erste bundesweite Meilensteine im Jahr 87 werden die Ostermärsche sein.

Doch hieße es unpolitisch sein, würde die Friedensbewegung in diesem Wahlkampf tatenlos zusehen ohne ihre Stimme zu erheben, ohne ihre Forderungen in die Wahlauseinandersetzungen zu tragen und in den Wahlkampf einzugreifen.

Einmischung in den Wahlkampf heißt, auf außerparlamentarischer Ebene öffentlichen Druck zu entfachen. Druck, der auf Parlamente, auf für diese Parlamente kandidierende Parteien und Politiker einwirkt und ihnen verbindliche Aussagen für eine konkrete Friedenspolitik abverlangt und sie auf eine solche verpflichtet.

Mit ihrer öffentlichen Präsenz in den nächsten Wochen muß die Friedensbewegung die Auseinandersetzung um Frieden und Abrüstung in die Öffentlichkeit tragen. Die Chancen, Einfluß auf den Wahlkampf zu nehmen sind nicht schlecht. Das Ansehen der Friedensbewegung ist in der Öffentlichkeit nicht zuletzt wegen der überzeugenden Großdemonstration in Hasselbach gestiegen. Bedingt durch die Auseinandersetzungen um den Gipfel in Reykjavik ist das Friedensthema wieder mehr in aller Munde als dies in der jüngeren Vergangenheit der Fall war. Die Parteien äußern sich vermehrt zu diesem Thema. Dazu kommt, daß die Menschen in Wahlkampfzeiten eine höhere Sensibilität zeigen als üblicherweise. Sie sind ansprechbarer und aufnahmebereiter für politische Themen. Die Friedensbewegung hat gute Möglichkeiten, die öffentliche Auseinandersetzung um Frieden und Abrüstung im Wahlkampf zu erzwingen.

Wahlkampf '87
Wir mischen uns ein!





Diese koordinierende Tätigkeit soll im Bonner Büro des Koordinierungsausschusses geleistet werden. Schon jetzt wissen wir aus einigen örtlichen Berichten, daß sich die Friedensgruppen bis Ende Januar einiges vorgenommen haben. Wir wissen aber noch zu wenig. Damit Eure örtlichen dezentralen Aktivitäten bundesweit ausstrahlen, schickt uns den Rückmeldezettel ausgefüllt zurück.

Koordinierungsausschuß, Bornheimer Straße 20, 5300 Bonn 1

Anschrift/Telefon:

Folgende Aktionen haben wir durchgeführt bzw. werden wir durchführen:

[illegible]



Wahlkampf '87 - Wir mischen uns ein

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 25. Januar wird ein neuer Bundestag gewählt. Mit schönen Worten werben die kandidierenden Politiker und Parteien um unsere Stimmen. Aber die Friedensbewegung hat gelernt, daß wir ihnen in den wichtigsten Fragen wenig vertrauen können. Notwendig ist eine neue Politik! Wir fordern:

Abrüsten jetzt!

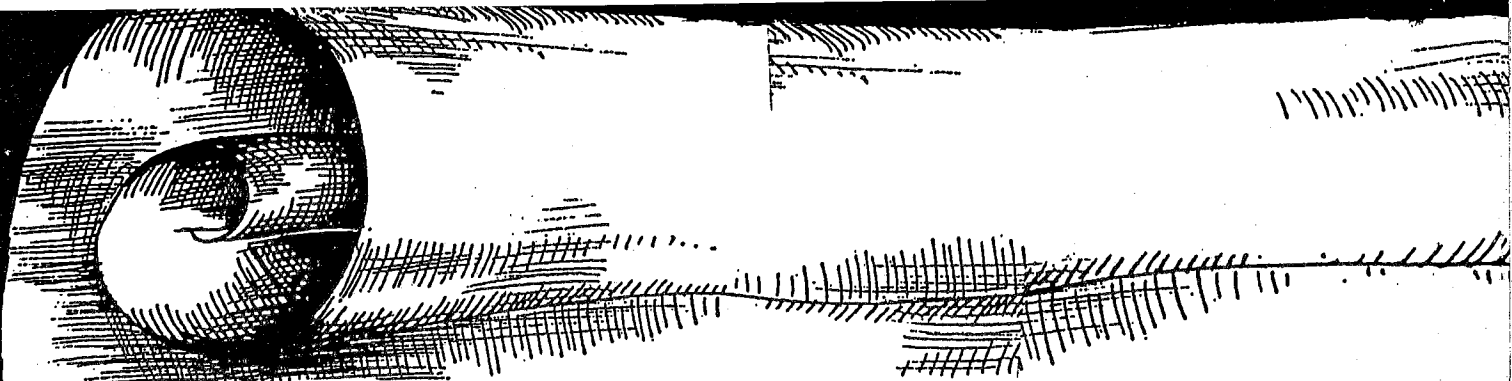
Keine Weltraumwaffen!
Pershing II und Cruise Missiles raus!
Rüstungsausgaben senken!
Keine innere Militarisierung!
Stop der Rüstungsexporte!

Wir wollen nicht radioaktiv und chemisch verseucht werden: Deshalb müssen sofort alle Atomanlagen abgeschaltet, alle Atomwaffentests eingestellt und alle chemischen Waffen beseitigt werden!

Bedenken Sie diese lebenswichtigen Forderungen der Friedensbewegung, wenn Sie am 25. Januar zur Wahl gehen. Messen Sie die Politiker und Parteien nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten. Fragen Sie, wie sie sich zu diesen Forderungen stellen und was sie für deren Verwirklichung tun.

Frieden braucht Bewegung - deshalb: Werden auch Sie aktiv, arbeiten Sie mit in der Friedensbewegung!

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung



Für eine neue Po - Abrüste

Weltraumwaffen

Nach der Hochrüstung auf der Erde soll nun auch noch der Weltraum mit Waffenarsenalen vollgestopft werden.

Angeblich ...

... schützt uns die "Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) vor dem atomaren Untergang ...

Richtig ist:

Es gibt keinen militärischen Schutz vor Atomraketen! Niemals zuvor waren sich tausende kompetenter Wissenschaftler in aller Welt so einig: Ein Schutz der Bevölkerung durch Raketenabwehrwaffen ist nicht zu verwirklichen.

Doch schon der Versuch, eine Raketenabwehr im All aufzubauen, hätte fatale Folgen. Der Rüstungswettlauf würde in nie dagewesenem Ausmaß angeheizt. Unvorstellbare Summen Geld würden für Waffen im Weltraum verschwendet, während auf der Erde immer mehr Menschen Hunger leiden. Die Gefahr eines Atomkrieges würde dramatisch steigen, denn wer der Illusion vom funktionierenden "Schutzschirm" im All erliegt, könnte sich eines Tages so überlegen fühlen, daß er an die Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges glaubt und so handelt. Die atomare Katastrophe könnte aber niemand überleben.

SDI ist keine "Verteidigungsinitiative". Wer ernsthaft Abrüstung will, darf nicht den Weltraum militarisieren, sondern muß die Atomwaffen auf der Erde abschaffen. Alles andere ist eine Perversion des Denkens.

Deshalb sagt die Friedensbewegung Nein zu jeder Form von Weltraumrüstung! Keine bundesdeutsche Regierung, Firma oder Forschungsstelle darf sich an der Aufrüstung im All beteiligen!

Pershing II - Cruise Missiles

Im November 1983 beschloß die Mehrheit im Bundestag, 108 Pershing II und 96 Cruise Missiles in unser Land zu holen.

Angeblich ...

... brauchen wir diese neuen Atomraketen, um eine "Raketenlücke" zu schließen und unser Land sicherer zu machen.

Richtig ist:

Gerade bei den Atomwaffen hatte die Bundesrepublik nie einen "Nachholbedarf". Schon seit langem hat unser Land die größte Atomwaffendichte auf der Welt. Mit den neuen Raketen ist unser Land noch mehr zur Abschlußrampe und Zielscheibe in einem möglichen Atomkrieg geworden. Nach der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sind jetzt neue Kurzstreckenraketen vom Typ SS 22 und 23 auf uns gerichtet. Sie haben eine Vorwarnzeit von zwei Minuten ...

Die Sowjetunion hat die Rücknahme dieser Maßnahmen und den Abbau der SS 20 angeboten, wenn alle Pershing II und Cruise Missiles abgezogen werden. Heute verhindert besonders die Bundesregierung ein solches Ergebnis, indem sie unentwegt neue Hürden und Zusatzbedingungen auftürmt. Dies zeigt, daß diese von der NATO selbst entwickelte "Null-Lösung" nie gewollt war und nur so lange angeboten wurde, wie mit der Zustimmung der Sowjetunion nicht gerechnet wurde. Die Stationierung war keine "Nachrüstung", sondern die NATO will atomare Präzisionswaffen für die Drohung mit dem Erstschlag.

Um diese Gefahr zu mindern, fordern wir: Pershing II und Cruise Missiles müssen sofort aus unserem Land verschwinden!

Bundeswe

Die Bundeswehr plant riesige Mengen an Waffensystemen, nannte "Bundeswehr-Billion" (1000 Milliarden).

Angeblich ...

... ist diese "konventionell, um Atomwaffen die "sowjetische Überlegenheit".

Richtig ist:

Die geplante Beschaffung riesiger Waffensysteme von USA und NATO-Konzepten "AirLand Battle" (Follow-on-Forces-Attack) Pläne, im Konfliktfall chemisch-konventionell zu greifen tief ins gegnerische Territorium zu stoßen. Dazu werden Waffensysteme gebraucht.

Deshalb fordern wir: Die Bundeswehr muß drastisch gesenkt werden.



Wir fordern: Stop aller Waffenexporte. Keine Unterstützung von Kriegen in der "Dritten Welt"!

Für eine neue Politik – Abrüsten jetzt!

Chemische Waffen

Wir sitzen nicht nur auf einem atomaren, sondern auch auf einem chemischen "Pulverfaß". Die Giftkatastrophe von Bhopal (Indien) und die zahlreichen Chemieunfälle am Rhein haben dies erschütternd deutlich gemacht. Wenige Gramm chemischer Stoffe reichen aus, Menschen auf grausame Weise zu töten und ganze Ökosysteme zu zerstören. Chemische Waffen beherbergen tausende von Tonnen dieser Gifte, extra zum Töten zusammengemischt. Die USA haben beschlossen, eine neue Generation dieser Massenvernichtungsmittel herzustellen. Die Bundesregierung will diese Waffen in unserem Land lagern lassen. Dies erhöht die Gefahr, daß die gesamte Bevölkerung – und sei es "nur" durch einen "Unfall" – einer Massenvergiftung zum Opfer fällt.

Deshalb fordern wir: Alle chemischen Waffen müssen weg, ihre Produktion und Stationierung muß weltweit geächtet werden!

Atomwaffentests

Atomwaffentests dienen der Entwicklung neuer Atomwaffen und kurbeln den Rüstungswettlauf weiter an. Fast die gesamte Welt fordert ein vollständiges Versuchsverbot. Um ein Zeichen zu setzen, hat die Sowjetunion seit mehr als eineinhalb Jahren all ihre Atomwaffentests eingestellt. Nur die USA und die NATO blockieren einen sofortigen Teststop-Vertrag. Dies liegt auch daran, daß die USA neue spezielle Atombomben entwickeln, die im Weltraum Energie für die SDI-Laserwaffen liefern sollen. Die Bundesregierung unterstützt die Position der USA, obwohl neue Atomwaffen gerade unser Land bedrohen werden. Wer die Militarisierung des Weltraums nicht will und sich ernsthaft für Abrüstung einsetzt, muß sich für das Einstellen aller Atomversuche aussprechen.

Deshalb fordern wir den sofortigen Stop aller Atomversuche!

Atomanlagen

Angeblich braucht unser Land Atomanlagen, um saubere und sichere Energie zu gewinnen. Keines dieser "Argumente" stimmt! Spätestens seit Tschernobyl ist klar, wie gefährlich Atomanlagen in Wahrheit sind. Unser Land braucht gar keine Atomkraftwerke. Die Bundesrepublik hat riesige Energieüberschüsse, die sie längst ans Ausland verkaufen muß. Zudem ist der Atomstrom teuer. Selbst die Industrie bezweifelt inzwischen die Wirtschaftlichkeit von Atomanlagen. Die Atomkraftwerke müssen stillgelegt werden, weil sie uns alle mit radioaktiver Verseuchung bedrohen. Sie können abgeschaltet werden, ohne daß bei uns "die Lichter ausgehen", Arbeitsplätze unersetzlich vernichtet werden oder der Strom unbezahlbar wird. Aber warum geschieht dies nicht?

Weil Atomanlagen nicht nur der Stromerzeugung dienen, sondern auch militärische Zwecke verfolgen. Der "Schnelle Brüter" in Kalkar, die Brennelementefabriken in Hanau und die WAA in Wackersdorf produzieren oder verarbeiten nämlich "ganz nebenbei" auch atomwaffenfähiges Material. Schon seit vielen Jahren haben konservative Politiker und Militärs unseres Landes Pläne für eine "Atomwaffennation Bundesrepublik" in der Schublade. Darum haben sie auch gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages gestimmt. Es dürfte kein Zufall sein, daß das mit Brachialgewalt durchgesetzte "Monster von Wackersdorf" gerade dann fertiggestellt sein soll, wenn 1995 der Atomwaffensperrvertrag ausläuft ...

Wegen dieser Gefahren fordern wir: Alle Atomanlagen müssen sofort stillgelegt werden!

Unterstützungserklärung

Ausfüllen und einsenden an:
Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung
Bornheimer Straße 20, 5300 Bonn 1

- ☐ Ich/Wir unterstütze/n die Forderungen der Friedensbewegung und spende/n einen Betrag in Höhe von DM:
- ☐ Ich möchte mich über die Friedensbewegung informieren. Bitte schicken Sie mir Kontaktadressen aus meinem Ort.
- ☐ Ich/Wir möchte/n gern die Rundschreiben und Nachrichten des Koordinierungsausschusses erhalten.

Spendenkonten:

G. Greune, Sonderkonto Frieden (KA),
Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 87 783

G. Greune, Sonderkonto F,
Postgiro Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nr. 7991 - 501

Name:

Anschrift/Telefon:

Unterschrift:



Fragen an die Bundestagskandidat/inn/en -

Einige Beispiele

- Die Weltraumrüstung treibt die Hochrüstung weiter voran. Ohne eine Absage an SDI droht uns ein weiterer weltweiten Rüstungsschub mit seinen negativen Auswirkungen auf laufende Abrüstungsverhandlungen. Teilen Sie diese Ansicht? Werden Sie im Bundestag für die Kündigung des SDI-Geheimvertrags mit den USA stimmen?
- Sind Sie auch der Auffassung, daß die Abschaffung der Offensivwaffen der Bundeswehr ein erster Schritt sein könnte, den Abrüstungswillen der Bundesrepublik eindeutig zu dokumentieren? Werden Sie zum Beispiel gegen die Einführung der im Bundeswehrplan für die 90er Jahre u.a. vorgesehenen Offensivwaffen Patriot, Leopard-Panzer III, MARS-Raketenerwerfersystem und Jäger 90 stimmen?
- Treten Sie und Ihre Partei dafür ein, daß die Stationierung von Pershing II zurückgenommen und die von Cruise Missiles nicht zugelassen wird? Werden Sie im Bundestag für die Aufhebung des Beschlusses vom 22. November 1983 stimmen?
- Rüstungsexport in die Dritte Welt bedingt unter anderem, daß diktatorische Regimes unterstützt werden, die die Mehrheit des Volkes brutal unterdrücken. Sind Sie dafür, Rüstungsexporte der Bundesrepublik in die Dritte Welt generell zu verbieten? Stimmen Sie dafür, das sogenannte "Wartime-Host-Nation-Support"-Abkommen zu kündigen?
- Ein Atomteststopp kann ein erster Schritt zur Abrüstung im atomaren Bereich sein. Was werden Sie dafür tun, daß die Bundesrepublik ihre internationale Bedeutung für einen Atomteststopp geltend macht?
- In der Bundesrepublik geraten immer mehr Bürgerinnen und Bürger in den Strudel der Armut ("Neue Armut") und gleichzeitig steigt der Rüstungshaushalt von Jahr zu Jahr an. Eine drastische Senkung der Rüstungsausgaben kann hier Abhilfe schaffen. Sind Sie bereit, einer Senkung des Rüstungshaushalts zuzustimmen?

Wahl '87:

Die Stimme für den Frieden - erheben

Musteranzeige

Wir Bürgerinnen und Bürger von XYZ-Stadt erklären öffentlich:

Die bisherige Politik unseres Landes führt in eine militärische, ökonomische und ökologische Katastrophe. Wir müssen endlich umkehren. Die Bundesrepublik muß eigene Abrüstungsschritte gehen.

Wir fordern von jeder Bundesregierung vor und nach der Wahl

- sich in keiner Form an der Aufrüstung des Weltraums zu beteiligen und nicht zuzulassen, daß dies bundesdeutsche Firmen oder Forschungseinrichtungen tun
- dafür zu sorgen, daß die Mittelstreckenraketen wieder aus unserem Land verschwinden
- die Ausgaben für die Rüstung drastisch zu senken und die Offensivwaffen der Bundeswehr abzuschaffen
- die Militarisierung der Bundesrepublik zu beenden und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht länger einzuschränken
- keine Waffenexporte in die "Dritte Welt" zu dulden und keine Kriege dort zu unterstützen

Ohne diese Schritte ist keine Friedenspolitik möglich.

Wir wollen nicht radioaktiv und chemisch verseucht werden: Deshalb müssen sofort alle Atomanlagen abgeschaltet, alle Atomwaffentests eingestellt und alle chemischen Waffen vernichtet werden.



Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger fordern wir auf: Mißtrauen Sie den hohlen Versprechungen der Parteien. Machen Sie ihre Wahlentscheidung von diesen Forderungen für eine neue Politik abhängig. Engagieren Sie sich persönlich in der Friedensbewegung, nur durch den Druck vieler Bürgerinnen und Bürger wird eine Umkehr möglich werden.

Aktionsvorschläge

Der Wahlkampf ist eine Zeit, in der das politische Interesse in der Bevölkerung wächst. Die Parteien und Kandidaten suchen mit Veranstaltungen verschiedenster Art -vom Infostand bis zur Kundgebung- Wählerstimmen zu gewinnen.

Das ermöglicht es uns, in lebendiger und konkreter Auseinandersetzung mit Kandidaten und Parteienvertretern unsere Forderungen in der Bevölkerung zu verankern.

Im "Waschmittelwahlkampf" der Parteien wird die Friedensbewegung durch eigene Veranstaltungen und durch den Besuch der Wahlkampfstände und -Veranstaltungen der Parteien versuchen, die eigenen Themen und Forderungen so einzubringen, daß konkrete und sachliche Auseinandersetzungen erzwungen werden. Die Politiker sollen es sich nicht leisten können, mit pauschalem Schlagabtausch und ausweichenden Antworten von konkret nötigen Maßnahmen und für die Menschen wichtigen Fragen abzulenken. Wir wollen dafür sorgen, daß die Forderungen der Friedensbewegung auch für die Wahlentscheidung im Januar '87 wichtig werden.

Informationen für die Bevölkerung:

Thematik und Forderungen der Friedensbewegung sind durch Zeitungen und Flugblätter zur Großdemonstration vielen Menschen erneut ins Bewußtsein gerufen worden. Vor der Wahl sollten die Kriterien der Friedensbewegung für eine verantwortungsvolle Politik in Form von "Wahlprüfsteinen" für Parteien o.ä. der Bevölkerung an Infoständen, in Wahlveranstaltungen und durch Hauswurfsendungen zur Verfügung gestellt werden. Der Koordinierungsausschuß hat dazu ein Material herausgegeben: "Argumente zur Wahl" - darin sind die zentralen Forderungen der Friedensbewegung in griffiger Form dargestellt. Gedacht ist dieses Faltblatt als Information für alle Bürgerinnen und Bürger. Es kann zu jeder Gelegenheit verteilt werden: bei Wahlveranstaltungen, an Infoständen, bei Hausbesuchen, bei Aktionen,

...
An die zentralen Forderungen soll auch von Litfaßsäulen, gemieteten Plakatwänden, in Zeitungs-

anzeigen und mit Werbedias im Kino erinnert werden. Ein Musterdia im Format 6x6 kann vom KA-Büro bezogen werden.

Neben der "Friedenserklärung" und den "Argumenten" kann ein "Offener Brief" an die örtlichen Bundestagskandidaten als Flugblatt und als Pressemitteilung Verbreitung finden.

Kandidatenhearing und Diskussionsveranstaltungen ...

Kaum ein Bundestagskandidat wird es sich leisten können, einer Einladung der Friedensbewegung aus seinem Wahlkreis zum Hearing über Sicherheits- und Friedenspolitik der Parteien fernzubleiben. Die Einladungen dazu müssen allerdings wegen der überfüllten Terminkalender frühzeitig erfolgen, sind also, falls nicht schon geschehen, unbedingt sofort zu erledigen. Bei etwaigen Absagen sofort die Presse informieren!



In einer Diskussionsveranstaltung der Friedensbewegung sollten es die Kandidaten schwer haben, Fragen nach ihrem konkreten Abstimmungsverhalten und der Position ihrer Partei z.B. zur Kündigung des "wartime-host-nation-support"-Abkommens mit den Amerikanern, der Rücknahme des Stationierungsbeschlusses des Bundestages vom 22.11.83 oder der absoluten Senkung des Rüstungshaushaltes auszuweichen.

Zu einem Kandidatenhearing oder einer entsprechenden Diskussionsveranstaltung zu den Wahlprüfsteinen der Friedensbewegung sollte die Bevölkerung über Presse und Plakate breit eingeladen werden.

... aber besser noch bei den anderen

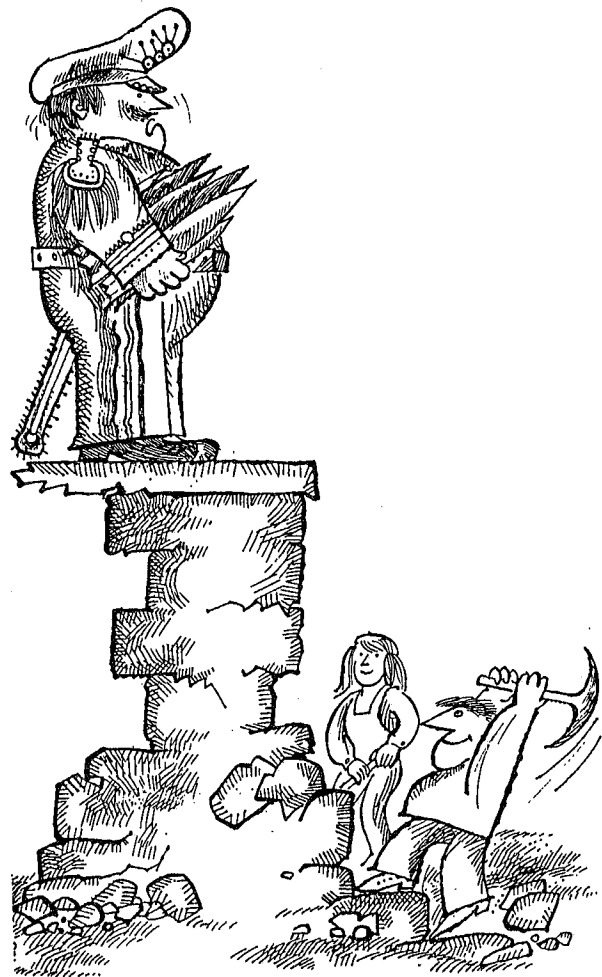
Dennoch sollte die Friedensbewegung nicht ihre meiste Energie dazu aufwenden, solche Foren selbst zu organisieren, die ja immer auch eine neue Gelegenheit zur platten Selbstdarstellung der Parteien werden können. Es gibt keinerlei Grund, den entsprechenden Ereignissen anderer Veranstalter fernzubleiben. Durch die Lokalpresse und Nachfragen bei Kirchengemeinden, DGB, Verbänden oder den Parteien selbst läßt sich leicht ein Überblick über Hearings mit den Bundestagskandidaten und Parteienvertretern gewinnen und als "Veranstaltungskalender" der Friedensbewegung zu veröffentlichen. Bei all diesen Gelegenheiten sollten durch Flugblätter, "Sandwiches" und Diskussionsbeiträge auch die Kriterien der Friedensbewegung einfließen.



Öffentliche Auseinandersetzung

Erst recht bei den eigenen Veranstaltungen, im Saal, bei Wahlkampfständen und bei Kundgebungen dürfen sich die Parteien nicht an unseren Forderungen vorbeimogeln. Auch diese Veranstaltungen lassen sich leicht in den örtlichen Aktionskalender der Bewegung aufnehmen.

Für die Friedensbewegung sind dies gute Gelegenheiten, den Parteien öffentlich auf den Zahn zu fühlen und sie zur Auseinandersetzung herauszufordern. Mit Transparenten und Flugblättern lassen sich unsere Forderungen einklagen. Kandidatinnen und Kandidaten müssen sich in der Öffentlichkeit, vor den Wählerinnen und Wählern für ihre Politik verantworten und dürfen sich nicht nach der Wahl auf die "Freiheit ihres Gewissens" zurückziehen können. Kurzum: Eine Wahlveranstaltung ohne Friedensbewegung ist keine richtige Wahlveranstaltung!



Aktion Friedenserklärung:

Die demonstrative Unterschriftenkampagne mit der "Friedenserklärung" steht auch nach der Hunsrück-Demonstration im Mittelpunkt der Aktivitäten der Friedensbewegung, die Plakatrolle mit den Forderungen ist "immer dabei" (und jetzt als "Sandwich" auch auf Karton erhältlich). Bis zum Wahltag und darüber hinaus soll die Friedenserklärung die Menschen zum Nachdenken anregen.

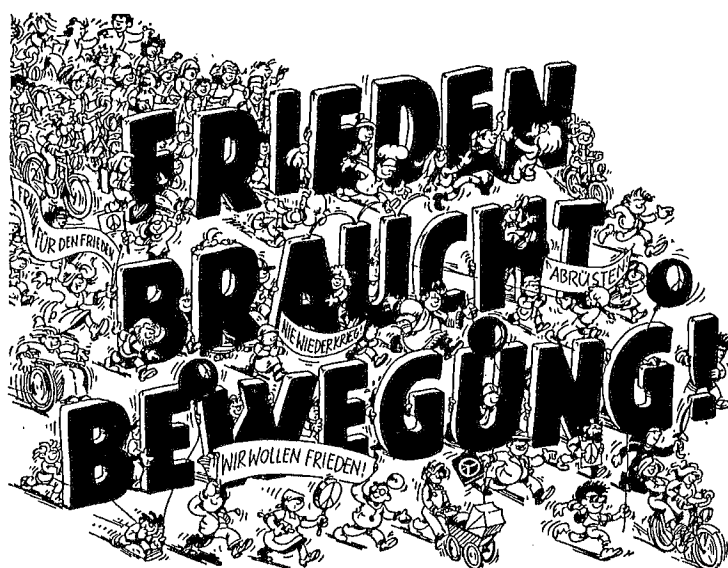
Friedenserklärung

Die Friedenserklärung enthält die zentralen Forderungen der Friedensbewegung. Sie ist thematisch erweitert worden und enthält neben den bereits bekannten fünf Punkten jetzt zusätzlich den Satz: Wir wollen nicht radioaktiv und chemisch verseucht werden: Deshalb müssen sofort alle Atomanlagen abgeschaltet, alle Atomwaffentests eingestellt und all chemischen Waffen beseitigt werden.

Die Friedenserklärung eignet sich sehr gut, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und die Friedensbewegung und ihre Forderungen plakativ darzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen überall Gelegenheit erhalten, sich zu den Forderungen der Friedenserklärung zu bekennen. Die Plakatrolle ist darüberhinaus zum direkten Eingreifen in den Wahlkampf gedacht. Überall müssen die kandidierenden Politiker und Parteien mit unseren Forderungen konfrontiert und sie zu verbindlichen Aussagen für eine Neue Politik bewegt werden. Wir wollen damit Druck machen für eine wirkliche Friedenspolitik der Bundesrepublik.

Deshalb ist die Friedenserklärung als eine andere, eine neue Art der Unterschriftensammlung angelegt. Neue Art der Unterschriftensammlung - dies heißt, es wird nicht hauptsächlich mit der Anzahl der geleisteten Unterschriften gearbeitet. Es sollen natürlich weitere Unterschriften unter die Forderungen gesammelt und die Zahlen ne-

Aktionselement im Wahlkampf



Ideen zur Verwendung der Friedenserklärung:

- Jemand, der sich eine mit Unterschriften gefüllte Plakatrolle als Sandwich umhängt, dokumentiert damit in Wahlveranstaltungen, an Infoständen, bei Mahnwachen und Demonstrationen: hier stehe nicht nur ich, hier stehe ich stellvertretend für all die, die mit ihrer Unterschrift ihr Verlangen nach einer Neuen Politik bekundet haben.
- Ein eindrucksvolles Bild bietet sich auch, wenn zig oder gar hunderte Friedenserklärungen in den Innenstädten als deutliche Willensbekundung nebeneinander gereiht werden.
- Gewählte Gremien wie Betriebsräte, Kirchenräte, Vertrauenskörper stimmen der Friedenserklärung zu und bitten Betriebangehörige, Gemeindemitglieder, etc. ebenfalls zu unterzeichnen.
- Dasselbe kann von Schulklassen, Hochschulgremien, in Geschäften, Gaststätten, Jugendzentren, Begegnungstätten, Praxisräumen, ... geschehen. Bittet den Arzt oder die Ärztin, den Ladenbesitzer oder die Ladenbesitzerin, den Lehrer oder die Lehrerin, ... als Erste/r oben auf der Plakatrolle zu unterzeichnen.

- Macht Hausbesuche mit der Friedenserklärung und sammelt dabei Unterschriften.
- Da die Friedenserklärung nicht nur ein demonstratives, sondern auch ein sehr dekoratives Element ist, hängt sie in eure Wohnungsfenster. Sie wird ihre Wirkung auf Vorbeigehende nicht verfehlen.
- Es können Plakatwände angemietet werden; dort kann großflächig auf die Friedenserklärung hingewiesen werden. Unterschriften könnten in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion auf der Plakatwand geleistet werden.
- Möglich ist auch, Postkarten zur Aktion Friedenserklärung zu drucken und sie zu versenden.
- In den Zeitungen können Anzeigen auf die Friedenserklärung hinweisen. (Kleinanzeigen werden oft am genauesten gelesen!)
- Manchmal kommt es vor, daß sich Friedenserklärungen im Postrundlauf von öffentlichen Institutionen (Ämtern, etc.) wiederfinden, daß sie versehentlich in Bussen, Zügen oder Straßenbahnen liegen bleiben. Dabei ist ein gewisser Schwund natürlich unvermeidlich, jedoch sollte die erzielte öffentliche Präsenz nicht unterschätzt werden.

von örtlich prominenten Unterzeichnern an das Bonner KA-Büro durchgegeben werden. Mit den Friedenserklärungen selber soll hingegen überall vor Ort in den Wahlkampf eingegriffen, soll für die Forderungen der Friedensbewegung Unterstützung gewonnen, sollen die Menschen für ein aktives Engagement in der Friedensbewegung motiviert werden.

Nach der Demonstration in Hasselbach haben uns sehr viele von Euch ihre vollen Plakatrollen zugeschickt. Wir können sie zwar hier auswerten, für Euch aber sind sie in dem eigentlich beabsichtigten Sinne "verloren". Mit den Plakatrollen als Willensbekundung soll politisch gearbeitet werden. Sie sollen als demonstratives Element bei Aktionen verwandt werden.

Wohin mit den Unterschriften?

Wir wollen die **Kampagne Friedenserklärung** zwar in Bonn zusammenfassen und auswerten, aber die gesammelten Unterschriften nicht zentral übergeben. Die Wirkung ist größer, wenn überall die Menschen an unsere Forderungen erinnert werden. Niemand, weder Kandidat/inn/en noch Wähler, können und dürfen die Forderungen der Friedenserklärung übersehen, wenn sie am 25. Januar den Urnengang antreten. Für alle muß auf den Weg zu den Wahllokalen noch einmal plakativ deutlich werden, welche Forderungen die Friedensbewegung erhebt, welche Politik sie fordert. Womit wir natürlich in keiner Form dazu aufrufen, entlang der Wege zu und an den Wahllokalen die Friedenserklärungsrollen zu plakatisieren. Aber wer es nicht lassen kann...

- Unterschriften unter die Friedenserklärung könnten bei Mieterberatungen in öffentlichen Einrichtungen, vor Arbeitsämtern, vor Schulen, ... gesammelt werden.
- Die Friedenserklärung kann auch als normales Plakat benutzt werden, um auf Veranstaltungen, etc. hinzuweisen.
- In größeren Städten besteht vielleicht die Möglichkeit (dazu müßten sicherlich Mäzene gewonnen werden), die Friedenserklärung als Dia ins Vorprogramm von Kinos zu bringen.
- Schickt die Friedenserklärung mit einem kurzen Anschreiben an Freunde, Bekannte, Kollegen, ...; bittet sie um ihre Unterschrift unter die Forderungen und fordert sie auf, die Friedenserklärung ihrerseits an ihnen bekannte Menschen weiterzusenden.
- Schickt Euren örtlichen Bundestagskandidat/in/en die Friedenserklärung zu oder überreicht sie ihnen öffentlich. Fordert sie auf, in ihren Wahlveranstaltungen darüber zu reden und für die Forderungen der Friedenserklärung zu werben.
- Bittet die Unterzeichner/innen um Spenden für die Friedensbewegung.

Friedenserklärung

Ich will eine neue Politik

Die Bundesrepublik muß eigene Abrüstungsschritte gehen

Ich will, daß keine bundesdeutsche Regierung, Firma oder Forschungsstelle sich an der Aufrüstung des Weltraums beteiligt

Ich will, daß die Atomwaffen Pershing II und Cruise Missiles sofort aus unserem Land verschwinden

Ich will, daß die Ausgaben für die Rüstung drastisch gesenkt und die Offensivwaffen der Bundeswehr abgeschafft werden

Ich will, daß die Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland beendet und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht länger eingeschränkt wird

Ich will, daß von der Bundesrepublik Deutschland aus keine Waffen exportiert und keine Kriege in der „Dritten Welt“ unterstützt werden

Ohne diese Schritte ist keine Friedenspolitik möglich

Wir wollen nicht radioaktiv und chemisch verseucht werden:
Deshalb müssen sofort alle Atomanlagen abgeschaltet,
alle Atomwaffentests eingestellt und
alle chemischen Waffen beseitigt werden

Name Anschrift Beruf/Funktion Unterschrift

Wahlkampf '87

Wir mischen uns ein!

Der Gipfel von Reykjavik:

Eine Vision auf dem Prüfstand der Tatsachen

"Teilen Sie mit mir eine Vision der Zukunft, die Hoffnung bietet", so pries US-Präsident Reagan im März 1983 seine "Strategische Verteidigungsinitiative" SDI an. Er rief die Wissenschaftler auf, "... uns die Mittel an die Hand zu geben, um die(se) Kernwaffen unwirksam und überflüssig zu machen."

Als sich Reagan am 11. und 12. Oktober in Reykjavik mit KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow traf, schien die Chance zur Beseitigung von Atomwaffen zum Greifen nahe. Wenn Reagan gewollt hätte, könnten die Genfer Verhandlungsdelegationen heute an Abkommen arbeiten

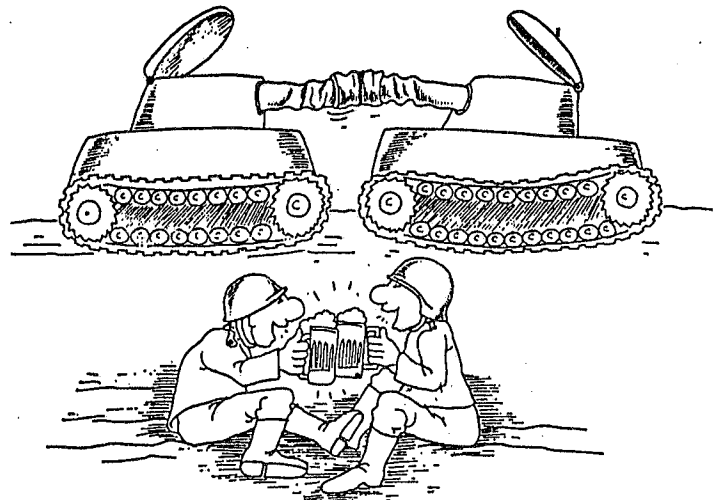
- zur vollständigen Vernichtung aller Mittelstreckenraketen in Europa (Null-Lösung) und
- zur 50%igen Reduzierung aller arten strategischer Atomwaffen in den nächsten fünf Jahren.

Trotz weitreichender sowjetischer Zugeständnisse vor allem bei den Mittelstreckenraketen (Nicht-Berücksichtigung der französischen und britischen Systeme sowie der vorgeschobenen Atomwaffen der USA in Europa) scheiterte eine Einigung gerade an jenem Reaganschen Projekt, das angeblich die Atomwaffen überflüssig machen soll - an SDI.

Gorbatschow verlangte von den USA, beide Staaten sollten sich verpflichten, in den nächsten zehn Jahren nicht gegen das Verbot der Entwicklung von von Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag) zu verstoßen. Lediglich Labortests sollten erlaubt bleiben. In Artikel 5 des ABM-Vertrages verpflichteten sich die beiden Großmächte, "keine ABM-Systeme oder Bestandteile zu entwickeln, zu erproben oder zu dislozieren (aufzustellen, d. Verf.), die see-, luft- oder weltraumgestützt

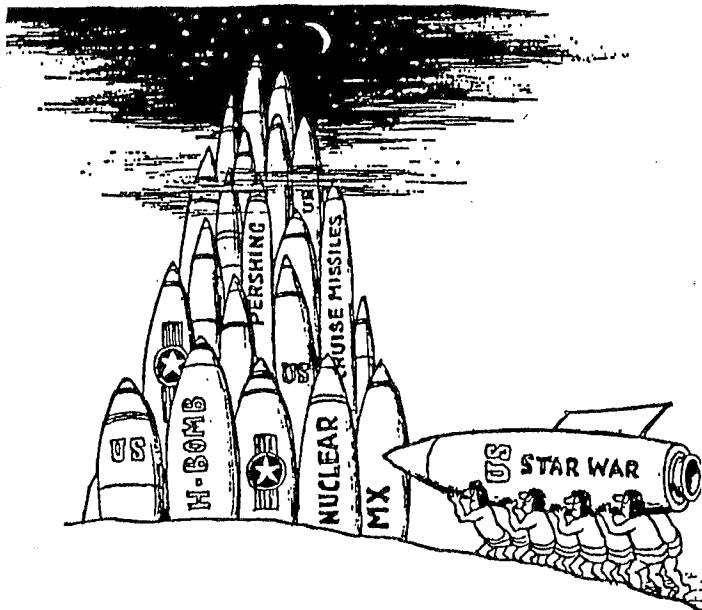
sind". Gorbatschow forderte demnach von den USA nicht mehr als die weitere Einhaltung des Vertrages und den Verzicht auf die Möglichkeit, die Vereinbarung in Halbjahresfrist zu kündigen.

Das ging Reagan zu weit. Denn das hätte, wie Reagan zutreffend feststellt, bedeutet, Vereinbarungen zuzustimmen, "die uns letztlich davon abgehalten hätten, SDI weiterzuentwickeln". Seiner Meinung nach "wären alle Bemühungen zur Abschaffung von Kernwaffen vergeblich gewesen". An anderer Stelle bezeichnete Reagan SDI als "Versicherungspolice" dafür, daß die Sowjets die Reykjavik-Vereinbarungen einhalten würden.



Das ist eine verblüffende Logik: Laut Reagan sollte nach der 50%igen Reduzierung in fünf Jahren die vollständige Beseitigung aller ballistischen Raketen in den darauffolgenden fünf Jahren vereinbart werden. SDI, bekanntlich als Abwehr gegen die Raketen vorgestellt, wäre dann funktionslos. Das immens teure Programm hätte für die offizielle Zweckbestimmung keinen Sinn mehr, wäre überflüssig.

Am starren Festhalten Reagans an SDI erweist sich, daß er mit SDI weder technisch noch politisch den Weg zu atomarer Abrüstung ebnen, sondern ihn verschließen will. Denn sonst hätte er die genannten Übereinstimmungen nicht an SDI scheitern lassen dürfen. Tatsache ist, daß die heutige US-Regierung aus einer "Position militärischer Stärke" mit der Sowjetunion verhandeln und "Durchbrüche" erringen will. Diese Politik setzt sich fort, indem Reagan den SALT II-Vertrag durch die Einführung eines 131. B 52-Bombers mit Marschflugkörpern den Todesstoß erteilt. Sein Streben nach militärischer Überlegenheit ist mit der Vereinbarung und Einhaltung von Verträgen unvereinbar.



Nur wenige können Reagans Logik folgen. Bundeskanzler Kohl gehört dazu. Zumindest soweit es SDI betrifft. Schwieriger wird es für Kohl jedoch bei der "Null-Lösung". Der ehemals von ihm unterstützte Reagan-Vorschlag hat seine Propagandafunktion erfüllt, Pershing II und Cruise Missiles sind weitgehend aufgestellt. Das war schwierig genug durchzusetzen. Jetzt ihren Abzug in Verhandlungen anzubieten paßt nicht ins Konzept. Die Kohl-Regierung versuchte deshalb schon vor Reykjavik draufzusatteln: die vermeintliche Bedrohung Westeuropas durch die sowjetischen Kurzstreckenraketen wurde entdeckt. Angestrebt wird aber nicht etwa eine Realisierung des Vorschlags der Palme-Kommission für eine von atomaren Kurzstreckenwaffen befreite Zone in Mitteleuropa, sondern die Sowjetunion soll einer Obergrenze zustimmen, bis zu der hin die NATO mit eigenen Systemen aufrüsten dürfen soll. Angeblich besteht eine westliche Unterlegenheit von 9:1 ...

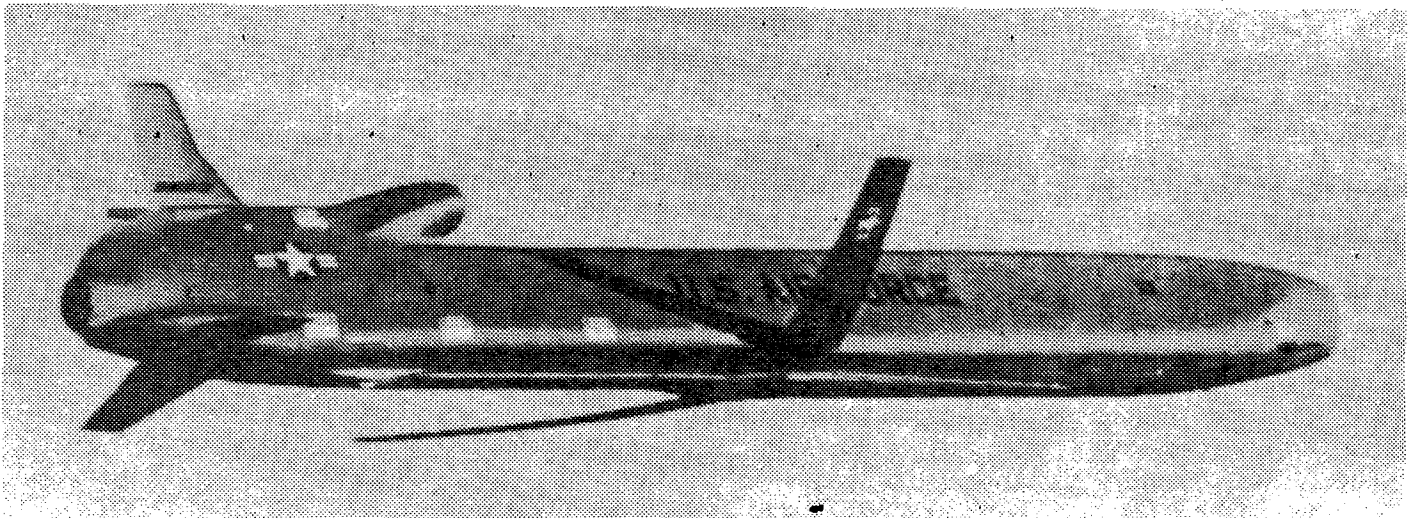
Kohls Torpedos gegen Abrüstungsvereinbarungen passen zu der Denkweise, die er in einem Interview mit "Newsweek" anlässlich seiner USA-Reise im November offenbarte. Nicht nur, daß er Gorbatschow mit Hitlers Hetzminister Goebbels verglich - er stellte das Reykjavik-Treffen in eine Reihe mit dem Münchener Abkommen vom September 1938. Der von Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland unterzeichnete Vertrag ermächtigte Hitler zur Unterwerfung des sogenannten Sudetengebietes der Tschechoslowa-

kei. Ein Bundeskanzler mit einem solchen Weltbild ist zu ernsthafter Abrüstungspolitik kaum bereit.

Friedenssicherung und Weiterrüsten sind unvereinbar. Der Sinn von Verhandlungen kann nicht darin bestehen, neue Rüstungsrunden zu rechtfertigen oder Obergrenzen für Aufrüstung festzulegen. Noch im November 1985 stimmte auch Reagan der Zielsetzung für Verhandlungen mit der Sowjetunion zu, "ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden, die nuklearen Rüstungen zu begrenzen und zu reduzieren". Praktische Schritte will er dafür nicht unternehmen. Jedoch müssen die beteiligten Regierungen an ihrem ernsthaften, d.h. praktischen Abrüstungswillen gemessen werden.

Nach dem Desaster von Reykjavik und Kohls Unterstützung für die Reagan-Politik bleibt nur eines: in den kommenden Monaten durch Aktionen und Proteste den politischen Druck für Frieden durch Abrüstung zu verstärken! Die Bundesregierung muß sich mit konkreten Schritten von der unverantwortlichen Politik der US-Regierung lösen - die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sofort aufgeben und rückgängig machen; die Baustelle in Hasselbach sofort schließen und jede Unterstützung des SDI-Abkommens aufkündigen.

Gregor Witt



Strategischer luftgestützter Marschflugkörper „ALCM B“, Reichweite bis zu 3000 km, Stückpreis 39 Mio. Dollar. Bestimmung: präzise Kernwaffenschläge gegen Objekte in der gesamten Tiefe des Territoriums der Sowjetunion.



Verbot der Anti-AKW Bundeskonferenz:

Zum skandalösen Verbot der BUKO der Anti-AKW Bewegung hat die "Redaktion Atom" eine Dokumentation erstellt. Das Faltblatt ist zu beziehen bei

Redaktion Atom c/o Atomexpress, Reinhäuser Landstr.24
3400 Göttingen
oder c/o Atommüllzeitung, Sültenweg 57
2120 Lüneburg, Tel.04131-45290

Boykottiert Apartheid!

Unter diesem Motto demonstrierten am 29.11. etwa 12.000 Menschen in Bonn. Über 300 Organisationen und über 2000 Einzelpersonen hatten zur zentralen Demonstration gegen die Kollaboration der Bundesrepublik Deutschland mit dem Apartheidsystem aufgerufen.

Hinter diesen nüchternen, wenn auch beeindruckenden, Zahlen steckt vor allem eine deutliche Verbreiterung der Basis der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik für den Befreiungskampf der Völker Südafrikas und Namibias.

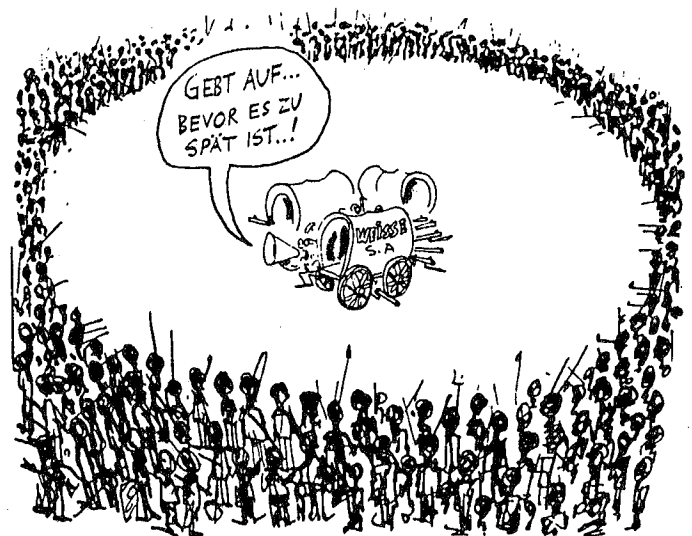
Erstmals z.B. hatte die IG-Metall, die größte Einzelgewerkschaft der Welt, ihre Mitglieder aufgerufen, an der Demonstration teilzunehmen.

Wesentlich zur Entstehung eines solch breiten Bündnisses hat vor allem die Konzentration auf die Forderung nach umfassenden und bindenden Sanktionen gegen das Apartheidsregime beigetragen. Hier liegt der Schlüssel für die weitere Entwicklung des Anti-Apartheid-Kampfes in der Bundesrepublik, weil es die wirksamste Unterstützung ist, die wir hier in der Bundesrepublik für den Befreiungskampf in Südafrika und Namibia leisten können.

Emil Carlebach, der selbst während des deutschen Faschismus als Jude und Kommunist verfolgt, im KZ Buchenwald eingesperrt war, sprach auf der Abschlussskundgebung von der besonderen Verantwortung des deutschen Volkes für die Beendigung der Rassistentherrschaft, des Apartheidsystems in Südafrika. Er verband die Erfahrungen, die er während des Faschismus gemacht hat, die historische Schuld des deutschen Volkes, mit den Realitäten in Südafrika. So wurden Parallelen deutlich, wurde für alle klar, daß es gerade für die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Pflicht gibt, sich aus der Riege der Kollaborateure mit den Rassisten am Kap zu entfernen und den Befreiungskampf der Völker Südafrikas und Namibias aktiv zu unterstützen; nicht mit den Rassisten zusammenzuarbeiten, sondern mit den Befreiungsbewegungen dieser Völker, mit dem African National Congress (ANC) und der Südwestafrikanischen Volksorganisation SWAPO. Und die Vertreter dieser beiden Befreiungsbewegungen, die die legitimen Vertreter ihrer Völker sind, N. Shombee (SWAPO) und P. Jordan (ANC) bekräftigten noch einmal die Forderung ihrer Völker nach umfassenden und bindenden Sanktionen gegen das Apartheidsregime in Pretoria. Ihre Völker seien zu den Opfern bereit, die sie durch diese Sanktionen erwarten könnten, weil die vollständige Isolation der Rassisten den Befreiungskampf verkürzen würde. Ohne die Unterstützung der Rassisten durch vor allem die USA, Großbritannien und der Bundesrepublik

könnte sich das Apartheidsregime nicht lange halten.

Daß der Anti-Apartheid-Kampf auch in der Bundesrepublik Fortschritte gemacht hat, zeigte nicht nur die große Zahl der diese Demonstration unterstützenden Organisationen, sondern auch die Tatsache, daß zwei Tage vor der Demonstration die Öffentlichkeit sich bestürzt über das Geschäft mit U-Boot-Plänen durch HDW, Kiel mit Südafrika zeigte. An diesem Geschäft ist alles bestürzend und schlimm. Aber es trügt, wollte man jetzt annehmen, dies sei ein Einzelfall. Darum kann dieses Geschäft schon fast nicht mehr überraschen. Die Kollaboration bundesdeutscher Unternehmen und Institutionen mit dem Rassistentaat wickelt sich auf völkerrechtlich illegaler, aber fast schon erschreckend alltäglicher Basis ab. Daß aber endlich ein solches Geschäft eine hohe Publizität erfahren hat, somit auch Druck auf die Verantwortlichen ausübt, zeigt die gewachsene Stärke vor allem des Befreiungskampfes in Südafrika und Namibia, aber auch der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik auf. Die Kollaboration mit den Rassisten kann nicht mehr einfach übergangen werden.



Das Rassistenregime wankt!

Und so zeigt es auch die Stärke der Solidaritätsbewegung auf, wenn sich u.a. auch die SPD durch ein Grußwort auf der Demonstration durch Horst Ehmke dazu bekannte, mehr Druck auszuüben zu müssen, um die Zusammenarbeit mit den Rassisten zu beenden.

Die Demonstration war ein Höhepunkt im Kampf gegen die Kollaboration mit Südafrika. Sie muß vor allem eine Auftaktskundgebung sein für weitere stärkere Aktionen überall in der Bundesrepublik gegen das Geschäft mit der Apartheid, für vollständige und bindende Sanktionen.

Andrea Arcais (AAB-Vorstand)

Bestellschein/Unterstützungserklärung

Bestellungen schriftlich und gegen Vorkasse
Ausfüllen und einsenden an: Koordinierungsausschuß, Bornheimer Straße 20, 5300 Bonn 1

Name:
Gruppe:
Anschrift/Telefon:
Unterschrift:

☐ Ich/Wir bestelle/n folgende Materialien:

Material	Erläuterung	Einzelpreis	Rabatt 1	Rabatt 2	Stück	macht DM
Friedenserklärung	Plakatrolle	0,50	ab 50: 0,40	ab 100: 0,30		
	auf Karton	1,00	ab 20: 0,90	ab 50: 0,80		
Argumente zur Wahl	Faltblatt	0,05		ab 1000: 0,04		
Rundbrief	dieser	0,80		ab 50: 0,70		
Button "Für eine neue Politik"		1,50	ab 100: 1,20	ab 200: 1,00		
Aufkleber "Für eine neue Politik"		1,20	ab 100: 0,90	ab 200: 0,80		
Buch "Militärheimat Hunsrück"		9,80				
"Wehrt-Euch-Button"	aus 1984	0,50				
"Menschen-Ketten-Bänder"	aus 1984	0,50				

Porto: bis DM 50,-: DM 5,- / bis DM 100,-: DM 7,- / bis DM 300,-: DM 13,- / über DM 300,-: DM 20,- **Porto:**

☐ Ich/Wir abonniere/n den Rundbrief des Koordinierungsausschusses (Jahresabo mind. 20,- DM, Förderabo mind. 50,- DM): DM:.....

☐ Ich/Wir spende/n für die Friedensbewegung: DM:.....

Den Gesamtbetrag in Höhe von habe/n ich/wir am gezahlt an:

- ☐ G. Greune, Sonderkonto Frieden (KA), Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00), Konto-Nr. 87 783
- ☐ G. Greune, Sonderkonto F, Post giro Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nr. 7991 - 501
- ☐ durch beiliegende/s Bargeld/Verrechnungsscheck (zutreffendes bitte unterstreichen)

☐ Ich/Wir möchte/n gern die Rundschreiben und Nachrichten des Koordinierungsausschusses erhalten.

Bitte tragen Sie hier Namen und Adressen von Freunden, Kollegen, Bekannten usw. ein, an die wir uns mit unserer Spendenbitte wenden können (bitte in Blockschrift):

.....
.....
.....